

Unternehmen in der Pflicht

Auch für die Textilindustrie gelten soziale und ökologische Standards

Kristin Huber | „I always dream that I will be able to live with my family in the future in a proper shelter and with enough food to eat, just like other people. Is it possible?“, fragt die kambodschanische Textilarbeiterin Yang Chanda bei der Eröffnung einer Fotoausstellung in Phnom Penh im April 2018. Yang ist eine von zehn kambodschanischen Textilarbeiterinnen, die im Rahmen eines von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit geförderten Fotoprojekts über vier Wochen ihr Leben fotografisch dokumentierten. In der abschließenden Ausstellung „Life through our eyes“ gewährten die Textilarbeiterinnen einen Blick in ihren Alltag.

Als eine von rund 700 000 Beschäftigten in diesem Sektor ist Yang vom Land in die Stadt gezogen, um dort eine Anstellung in einer der Textilfabriken zu finden. Der Frauenanteil liegt im Textilsektor bei rund 90 Prozent, die meisten Arbeiterinnen sind zwischen 19 und 24 Jahre alt. In Kambodscha machen Textilien rund 80 Prozent der Exporte aus und haben in den vergangenen Jahren wesentlich zur wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen. Das Land produziert für viele große Markenunternehmen, rund 40 Prozent der Exporte gehen nach Europa. Auch wenn die Textilindustrie eine große Zahl von Frauen in Beschäftigung gebracht hat, sind ihre Aufgaben häufig Tätigkeiten, die die geringsten Qualifikationen benötigen, die am schlechtesten bezahlt werden. Nach einer Studie von Better Work verdienen Fabrikarbeiterinnen weltweit bis zu 21 Prozent weniger pro Stunde als ihre männlichen Kollegen.

Es fehlt an vielem: an gerechten Löhnen, an sicheren Transportmitteln

Da Frauen in Kambodscha in der Regel nicht über eigene Verkehrsmittel verfügen, fahren sie zu Dutzenden auf Lastwagen gedrängt zur Arbeit und sind somit auch die Hauptleidtragenden, wenn es zu Unfällen kommt. Aufgrund schwacher Infrastruktur und fehlender Verkehrsüberwachung enden diese oft tödlich. In der ersten Hälfte 2018 starben in Kambodscha bereits fast 1000 Menschen im Verkehr. Transportsicherheit, Chancengleichheit, Vereinigungsfreiheit, existenzsichernde Löhne – die Liste der Themen, die in der kambodschanischen Textilindustrie im Argen liegen, ist lang. Die Nachfrage nach Textilien aus Kambodscha ist jedoch ungebrochen hoch. Spätestens seit dem Einsturz des Rana-Plaza-Fabrikgebäudes in Bangladesch 2013, bei dem über 1000 Arbeiterinnen ums Leben kamen, ist klar, dass sich die globale Textilindustrie fundamental wandeln muss, um soziale und ökologische Standards zu verankern. Nur wie?

Bereits im Jahr 2011 verabschiedete der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen die Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Diese besagen, dass Staaten eine primäre Schutzpflicht für Menschenrechte haben. Mit der Einführung des Konzepts der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht von

Unternehmen haben die Leitprinzipien jedoch auch einen wichtigen Baustein zur Schließung von Regulierungslücken in der globalen Wirtschaft eingeführt und Unternehmen eine klare Verantwortung zur Achtung der Menschenrechte zugeschrieben. Gerade in Ländern wie Kambodscha, in denen Regierungen entweder nicht willens oder in der Lage sind, Arbeitnehmer- und Menschenrechte umfassend zu schützen, kommt Marken- und Handelsunternehmen des globalen Nordens, die ihre Lieferketten in Länder des globalen Südens ausgeweitet haben, eine besondere Schutzpflicht zu.

Zudem haben nach den UN-Leitprinzipien sowohl Staaten als auch Unternehmen die Pflicht, Abhilfe zu leisten, wenn negative Auswirkungen auf Menschenrechte entstanden sind. Von Unternehmen wird also erwartet, dass sie „wissen und zeigen können“, dass und wie sie Menschenrechte entlang ihrer Lieferketten achten. Jedoch bieten die UN-Leitprinzipien Unternehmen keine detaillierte Anleitung, wie die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht in der Praxis umzusetzen ist. Wie also können sich Unternehmen der Textilindustrie ihrer Verantwortung zur Achtung der Menschenrechte stellen und die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht in ihren Lieferketten umsetzen?

Unternehmen sollen zeigen, wie sie Menschenrechte entlang der Lieferkette achten

Menschenrechte entstanden sind. Von Unternehmen wird also erwartet, dass sie „wissen und zeigen können“, dass und wie sie Menschenrechte entlang ihrer Lieferketten achten. Jedoch bieten die UN-Leitprinzipien Unternehmen keine detaillierte Anleitung, wie die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht in der Praxis umzusetzen ist. Wie also können sich Unternehmen der Textilindustrie ihrer Verantwortung zur Achtung der Menschenrechte stellen und die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht in ihren Lieferketten umsetzen?

Verantwortliches Verhalten fördern

Der Unternehmensberatung twentyfifty zufolge sollten Unternehmen zunächst ermitteln, welche Auswirkungen ihre Tätigkeit und Geschäftsbeziehungen auf Menschenrechte haben. Die Unternehmen sind aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu entwickeln, um negativen Auswirkungen vorzubeugen beziehungsweise diese zu reduzieren. In der Regel bedarf es dazu einer Anpassung von Unternehmensstrukturen und -prozessen. Viel wichtiger als einmalige Änderungen ist jedoch ein täglich gelebtes verantwortliches Verhalten von Führungskräften und Beschäftigten. Hierzu muss „soziale Qualität“ als Kriterium neben Preis und Produktqualität im Zielsystem eines Unternehmens verankert werden. Es empfiehlt sich für Unternehmen, bei der Entwicklung von Handlungsplänen Kontakt zu Branchenverbänden, Sektor- und Multistakeholder-Initiativen zu suchen, um kollektive Ansätze zu entwickeln. Menschenrechtliche Sorgfalt ist dabei als ein kontinuierlicher Lernprozess zu verstehen, der regelmäßig überprüft und angepasst werden muss. So viel zur Theorie.

In der Praxis durfte ich in Kambodscha im Rahmen meiner Station bei der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Phnom Penh Dialogtrainings in Textilfabriken begleiten. Ein deutscher Sportartikelhersteller hatte Verkehrssicherheit als wesentliches menschenrechtliches Risiko für das „Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person“ (Artikel 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte) in seiner Lieferkette erkannt. Um dieses Risiko zu verringern, wurden in mehreren Fabriken im Rahmen von Dialogtrainings zwischen Textilarbeiterinnen und dem Fabrikmanagement Maßnahmenpläne erarbeitet, um die tägliche An- und Abfahrt zur Fabrik sicherer zu gestalten.

Zivilgesellschaftliche Organisationen kritisieren die UN-Leitprinzipien jedoch, weil sie für Unternehmen rechtlich unverbindlich sind. Einige Staaten haben erste Schritte unternommen und Mindestanforderungen an Unternehmen zur Sicherung fundamentaler Rechte gesetzlich verankert. So erließ Großbritannien mit dem „Modern Slavery Act“ ein Gesetz, das Unternehmen verpflichtet offenzulegen, welche Maßnahmen sie ergreifen, um gegen Menschenhandel und moderne Formen der Sklaverei in ihren Lieferketten vorzugehen. Deutschland hat sich diesbezüglich bisher sehr zurückhaltend gezeigt und setzt weiterhin auf die freiwillige Selbstverpflichtung von Unternehmen.

Mindeststandards für Arbeiterinnen müssen rechtlich abgesichert und einklagbar sein

Mein Eindruck nach meiner Reise durch die Textilindustrie ist: Es gibt positive Beispiele von Unternehmen, die sich ihrer Verantwortung zur Achtung der Menschenrechte stellen. Aber um einen systemischen Wandel in der globalen Wirtschaft im Allgemeinen und in der Textilindustrie im Besonderen zu erwirken, müssen Mindeststandards für Arbeiterinnen rechtlich abgesichert und einklagbar gemacht werden. ••

[Kristin Huber forschte zu Menschenrechten entlang der Lieferketten von Unternehmen.](#)

Recht auf Nationalität

Staatenlosigkeit ist ein durchaus lösbares Problem

Rabea Niggemeyer | Stellen Sie sich vor, Ihr Land erkennt Sie nicht als Staatsbürgerin oder Staatsbürger an. Formell erfüllen Sie die gesetzlichen Anforderungen, die notwendigen Dokumente liegen vor – aber der Staat verweigert Ihnen Ihr Recht auf Nationalität. Während der Grundschulbesuch noch möglich ist, wird Ihnen weitere Bildung aufgrund der fehlenden Dokumente verwehrt. Wenn Sie krank sind, ist der Zugang zur Gesundheitsversorgung gar nicht oder nur eingeschränkt möglich. Sie können in Ihrem Heimatland nicht legal arbeiten, kein Konto eröffnen, kein Grundstück besitzen. Ihren Kindern wird die Nationalität vermutlich auch verweigert werden. Und ohne Papiere können Sie auf legalem Wege das Land auch nicht verlassen. Auf dem Papier existieren Sie nicht. Wenn Ihnen etwas zustößt, wenn Sie beispielsweise Opfer von Menschenhandel werden, wird es deswegen schwieriger sein, Hilfe von staatlicher Seite zu bekommen.

Eine Nationalität zu haben, bedeutet eine legale Identität zu besitzen. Das Recht auf eine Nationalität ist ein Menschenrecht, verankert in Artikel 15 der UN-Menschenrechtscharta und in weiteren UN-Menschenrechtspakten. Eine Staatsbürgerschaft ist jedoch mehr als nur eine Zugehörigkeit. Sie regelt den Zugang zu fundamentalen Rechten, beispielsweise zu wählen und gewählt